

Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

www.buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de

Ausgabe Dezember 2019

Hinweis: Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausklick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.

Das politische und weltanschauliche [Selbstverständnis des Redaktionsteams](#) sowie das [Impressum](#) mit Haftungsausschluss und Angaben zum Datenschutz finden Sie auf unserer Homepage.

Einladung: Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikel-Vorschläge (mit Link) an: info@buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de (Betr.: "BB-Artikelvorschlag").

Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion

Inhalt dieser Ausgabe

- **Editorial**
- Sara Chessa: **"Schweigen ist Mitmachen"**
- Ina Sembdner: **Assange in Lebensgefahr**
- K. Leukefeld: **... – der OPCW-Bericht zum angeblichen Giftgasangriff in Douma entspricht nicht der Wahrheit**
- Peter Feininger: **Das Geheimabkommen**
- René Roca: **Den Dialog zwischen den Kulturen fördern**
- Russ. Ministerium: **Gemeinsame Erklärung Russlands, Chinas, der USA und Pakistans (zu) Afghanistan**
- G. Galice: **"Die NATO hätte ... aufgelöst werden sollen"**
- R. Salloum, Chr. Schult: **UNO rügt Antisemitismus-Beschluss des Bundestags**
- Shir Hever: **... weist Probleme mit dem Begriff "Antisemitismus" hin**
- N. Häring: **Spahns Digitalgesetz: Mit Vollgas gegen Datenschutz und Bürgerrechte**
- **Gelbwesten ein Jahr nach ihrer Gründung**
- J. Krautz, M. Burchard (Hrsg.): **Time for Change – Band 2**
- E. Pauli: **Hintergründe ... der globalen Erwärmung**
- Christian Fischer: **Klimawandel – nicht diese Panik**
- A. Schneider: **Klimaaktivistinnen gegen Kapitalismus ...**
- W. Webb: **Führungsmacht bei Umweltverschmutzung**
- N. Häring: **Widerstand gegen den Ausverkauf der UN ...**

Zitat des Monats von [Immanuel Kant](#):

**Das Recht muss nie der Politik,
wohl aber die Politik jederzeit dem Recht angepasst werden.**

*In diesem Sinne wünscht die Redaktion:
Ein frohes Weihnachtsfest und ein friedliches 2020.*

Editorial

Diese Ausgabe beginnt mit zwei Beiträgen zur unwürdigen und inzwischen lebensbedrohlichen Inhaftierung von **Julian Assange** und deren politischer Bedeutung weltweit.

Zwei weitere Beiträge berichten von der aktuellen Situation des Kriegs in **Syrien** und beleuchten verschiedene Aspekte in diesem Zusammenhang. Zu dem ebenfalls kriegsbedrohten **Iran** schildert René Roca den interessanten historischen und wertvollen kulturellen Hintergrund dieses Landes. Hierzulande nahezu unbemerkt sind internationale Friedensbemühungen zu **Afghanistan** geblieben, auf die wir deshalb aufmerksam machen. Dennoch stellt die **NATO** weiterhin eine Bedrohung des Friedens dar, wie Gabriel Galice aufzeigt. In diesem Zusammenhang spielt auch der **Antisemitismus**-Beschluss des Bundestages eine wichtige propagandistische Rolle. Die Berichterstattung über den Anschlag in Halle gibt dafür ein Beispiel.

In der deutschen Innenpolitik fährt Gesundheitsminister Spahn derzeit einen massiven **Angriff auf die Privatsphäre und die Grundrechte** deutscher Bürger. Die französischen Bürger haben zum ersten Jahrestag der **Gelbwestenbewegung** gezeigt, dass und wie sie sich gegen Angriffe auf ihre Grundrechte wehren. In Deutschland fand bei einem Kongress in Wuppertal, dessen Beiträge nun in Buchform vorliegen, Aufklärung über die **destruktiven Tendenzen in unserem Bildungsbereich** statt.

Ein weiterer Schwerpunkt ist das Thema **Klimawandel**. Zwei Beiträge setzen sich mit den physikalischen und klimageschichtlichen Tatsachen auseinander und nehmen kritisch zu den übertriebenen politischen Kampagnen Stellung. Zwei Propagandistinnen dieser Kampagnen werden im nächsten Beitrag charakterisiert. Dass es für den **Umweltschutz** viele Lösungen gibt, die politisch nicht gewollt oder schwer durchsetzbar sind, zeigen Whitney Webb und Norbert Häring eindrucksvoll auf.

[Inhalt](#) ↑

• Sara Chessa: “Schweigen ist Mitmachen“

Der ehemalige isländische Innenminister Ögmundur Jónasson hat die nicht mit Island abgesprochene [Ermittlertätigkeit des FBI in Island im Jahr 2011 blockiert](#). Jónasson war überzeugt, dass die FBI-Ermittler in sein Land gekommen sind, um Julian Assange und WikiLeaks zu verleumden und Island vom unkritischen Verbündeten zum Mittäter im Krieg gegen WikiLeaks zu machen. Entsprechend äußerte er sich auch vor einem parlamentarischen Ausschuss und in der parlamentarischen Versammlung.

Für den ehemaligen Innenminister sind die Verantwortung des Staats und ausgezeichnete Gesetze und Verfassungen für einen demokratischen Staat zwar notwendig, aber das reicht nicht, wenn die Zivilgesellschaft “schläft”. “Es braucht Menschen, die sich zu Wort melden“. Denn “Schweigen ist Mitmachen“. Und er fragt auch: “Was macht Australien? Ist Julian Assange nicht australischer Staatsbürger?“

[Sara Chessa](#) ist eine in Großbritannien ansässige unabhängige Journalistin, die hauptsächlich über soziale Fragen, Menschenrechte, Pressefreiheit und Umwelt schreibt. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Ina Sembdner: **Assange in Lebensgefahr**

Der 48-jährige Gründer der Enthüllungsplattform Wikileaks, Julian Assange, "könnte in Belmarsh sterben". Davor warnen mehr als 60 Ärzte aus verschiedenen Ländern in einem 16-seitigen Brief an Großbritanniens Innenministerin Priti Patel. Demnach bedürfe Assange, der seit April im Hochsicherheitsgefängnis Belmarsh in London inhaftiert ist, "dringend einer fachärztlichen Beurteilung seines physischen und psychischen Gesundheitszustandes". Es gebe "keine Zeit zu verlieren", [Assange müsse umgehend in ein Universitätsklinikum überstellt werden](#). Die Mediziner stützen ihre Aussagen auf "erschütternde Berichte von Augenzeugen", die am 21.10.2019 bei Assanges erstem Gerichtstermin nach sechs Monaten anwesend waren. Dort habe der Journalist schwach und desorientiert gewirkt und Schwierigkeiten gehabt, sich an sein Geburtsdatum zu erinnern.

Zu diesen Augenzeugen gehört auch der UN-Sonderberichterstatter [Nils Melzer, der bei der Bundestagsanhörung am 27.11.2019 seine Sicht vorgetragen hat](#).

[Inhalt](#) ↑

- Karin Leukefeld: **Whistleblower – der OPCW-Bericht zum angeblichen Giftgasangriff in Douma entspricht nicht der Wahrheit**

Ein angeblicher Giftgasangriff der syrischen Armee wurde im April 2018 als Begründung für einen massiven Militärschlag der USA, Großbritanniens und Frankreichs herangezogen. Schon unmittelbar nach dem Vorfall gab es erhebliche Zweifel an der "Giftgasthese". Diese Zweifel wurden jedoch von Medien und Politik unter Verweis auf einen Bericht der 'Organisation für das Verbot chemischer Waffen' (OPCW) vom Tisch gefegt.

Dieser [Bericht ist jedoch selbst innerhalb der OPCW höchst umstritten](#). Ein Whistleblower aus dem Untersuchungsteam der OPCW widerspricht dem Bericht der Organisation massiv und fordert "vollständige Transparenz aller Untersuchungen". U.a. weist der Whistleblower darauf hin, dass das Untersuchungsteam, das all die Fakten und Proben im syrischen Douma zusammengetragen hatte, nach seiner Rückkehr nach Den Haag von der folgenden Arbeit faktisch ausgeschlossen wurde. Der Versuch des Untersuchungsteams, ihre vom Abschlussbericht abweichenden Erkenntnisse und Analysen einfließen zu lassen, wurden unterbunden. Z.B. seien die Konzentrationen der in Proben gefundenen chlorierten organischen Chemikalien um ein Vielfaches unter der Menge, die in der natürlichen Umwelt (bspw. im Wasser) vorkommen. Auch die Aussage des Untersuchungsteams, dass "es eine höhere Wahrscheinlichkeit dafür gibt, dass beide Zylinder per Hand an den beiden Orten abgelegt wurden, als dass sie von einem Flugzeug abgeworfen wurden", wurde unterschlagen. Zu der Aussage im Bericht, alle Leichen hätten Schaum vor dem Mund gehabt, fehle die abweichende Stellungnahme, "Symptome wurden beobachtet, die mit der Einwirkung von Chlor nicht übereinstimmen"; auch gebe es "keine anderen offensichtlichen Kandidaten unter Chemikalien, die solche Symptome produzieren".

Unter welchem Druck die OPCW steht, wird deutlich bei der Drohung, die 2002 gegenüber deren ersten Generaldirektor von John Bolton ausgesprochen wurde: "Cheney will dich loswerden. Du hast 24 Stunden, um die Organisation zu verlassen. Wenn Du nicht der Entscheidung Washingtons folgst, haben wir Möglichkeiten ... wir wissen, wo deine Kinder wohnen."

Der IPPNW fordert die Bundesregierung auf, sich "für eine vollständige Transparenz im Hinblick auf die Vorwürfe einzusetzen und [dafür zu sorgen, dass die OPCW entsprechend ihrer Statuten arbeiten kann](#)".

Wer sich weiter für die Lage in Syrien und die zugehörige Sicht seines Präsidenten Baschar al-Assad interessiert, sei [auf sein Interview mit 'RTdeutsch' verwiesen](#), das am 10.11.2019 veröffentlicht wurde.

[Karin Leukefeld](#), Jg. 1954, Studien der Ethnologie, Islam- und Politikwissenschaften, Ausbildung zur Buchhändlerin. Seit 1997 freie Journalistin. Sie ist die einzige deutsche Journalistin mit einer Akkreditierung in Syrien. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Peter Feininger: **Das Geheimabkommen**

Nachdem ein US-Programm zum Aufbau einer arabischen Streitmacht gegen die syrische Regierung unter Präsident al-Assad gescheitert war und Russland zum Schutz der syrischen Regierung in den Krieg eingegriffen hat, forcierten die USA mit der SDF (Syrien Democratic Forces) die Gründung eines neuen Militärbündnisses. Die von der kurdischen YPG dominierten SDF wurden von den USA mit Waffen ausgerüstet und trainiert, vor allem für den Einsatz im Nordosten Syriens, um dort nicht nur gegen den IS, sondern auch gegen die syrische Regierung und den syrischen Staat zu operieren.

Am 13.10.2019 wurde bekannt, dass die kurdisch geführte Administration in Nordsyrien und die syrische Regierung übereingekommen sind, dem türkischen Angriff gemeinsam zu begegnen. Den SDF geht es darum, ethnische Säuberungen durch die Türkei zu verhindern. [Die SDF verpflichten sich, die territoriale Integrität von Syrien unter syrischer Flagge zu wahren](#) – ebenso wie die Türkei und Russland. Dazu werden die SDF aufgelöst, alle kurdischen Streitkräfte schließen sich dem fünften Korps unter russischer Führung an. Raqqa (einschl. Euphrat-Staudamm), Mandij, Kobani und andere Grenzstädte sollen von der syrischen Armee übernommen werden. Verhandlungen zwischen den Kurden und Damaskus zum genauen politischen Status von Nordsyrien stehen noch aus. Aber Damaskus ist davon überzeugt, dass ein innenpolitischer Kompromiss auf der Basis einer erweiterten administrativen Dezentralisierung gelingt.

Seit dem Abzug der US-Truppen gibt es das kurdische Projekt Rojava (Westkurdistan) nicht mehr; die Mehrheit der Kurden lebt eh in den Gegenden von Aleppo und Damaskus. Die breite Mehrheit der in Nordsyrien lebenden Menschen will keine Abspaltung von Syrien, da sie die Absatzmärkte der syrischen Großstädte wie Damaskus, Aleppo und Homs brauchen.

Die Forderung der deutschen Verteidigungsministerin nach einer "international kontrollierten Sicherheitszone" ist von der Realität überholt. In der jetzigen Situation würden Forderungen aus Europa nach einem "Kurdistan" die Vereinbarung zwischen syrischen Kurden mit der syrischen Regierung unterminieren und wären als Einmischung in die inneren Angelegenheiten einzustufen.

Die Kurden in Nordsyrien haben sich nicht an die Empfehlung des PKK-Gründers Abdullah Öcalan gehalten, der eine Lösung für Syrien vorschlug, die 'den Prinzipien der kommunalen Demokratie entspricht und die Rechte der Kurden auf der Grundlage eines vereinten Syriens verfassungsrechtlich garantiert'. Im Gegensatz zu der Mehrheit der syrischen Kurden haben sich die militanten Kurden (PYD) von den USA zum bewaffneten Kampf und Kontaktverbot zur syrischen Regierung verführen lassen. Die aus der Türkei nach Syrien geflüchteten Kurden wurden dort als eingewanderte Ausländer geduldet, aber die während des Krieges seit 2011 ins Land gekommenen Kurden werden als illegale Migranten betrachtet.

Die Türkei, die den IS lange Zeit unterstützte, änderte ihre Politik nach dem versuchten Putsch gegen Präsident Erdogan: Es kam zur Versöhnung mit Russland – und zu Anschlägen des IS gegen den türkischen Staat; seit sich die IS-Kämpfer in Idlib versammelt haben, auch zu deren Eindringen in die Türkei. Dass die Türkei zur Verfolgung von PKK-Kämpfern bis zu fünf Kilometer nach Syrien eindringen darf, gilt schon seit 1998.

[Die russische Diplomatie hatte in den letzten Jahren bzgl. Syrien auf Hochtouren gearbeitet.](#) Durch ihr Wirken wurde erreicht, dass die Kurden in Würde und Autonomie in Syrien leben können, eine Aussöhnung zwischen Ankara und Damaskus möglich ist, Syrien wieder die Hoheit über weitere Gebiete bekommt, sich die Beziehungen zwischen Ankara und Teheran verbessern und Russland selbst als Vermittler in der Region geachtet wird. Die USA und deren CIA verlieren an Einfluss. Es bleibt zu hoffen, dass Trump die nächste Wahl gewinnt, um die US-Kriege tatsächlich beenden zu können. Der deutsche BND, der 2012 den kurzfristigen Sturz von Assad voraussagte, hat sich blamiert. Die deutsche Regierung wird neue Wege finden müssen.

[Peter Feininger](#), Jg. 1949, studierte Pädagogik und Gitarre; Mitbegründer der PDS in Augsburg und in Bayern; seit Langem im überparteilichen ["Forum solidarisches und friedliches Augsburg"](#) aktiv. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- René Roca: **Den Dialog zwischen den Kulturen fördern**

Iran befindet sich nach der einseitigen und nicht gerechtfertigten Kündigung des Atomvertrags durch die USA und der damit ausgelösten Verschärfung der Sanktionen in einer äußerst heiklen politischen und wirtschaftlichen Lage. Diese Lage ist durch die geopolitischen Interessen der westlichen Länder bedingt. Es ist der geschickten Politik Irans und seiner militärischen Abwehrbereitschaft zu verdanken, dass das Land bis jetzt noch nicht zerstört wurde. Dabei gilt das antike Persien als das Ursprungsland der Menschenrechte. 539 v. Chr. erklärte der erste König von Altpersien, dass alle Menschen das Recht haben, ihre eigene Religion zu wählen. Zugleich betonte er die Gleichheit der Menschen in der damals bekannten Welt.

Auch nach dem Beginn der islamischen Zeit bestand der rote Faden von Gleichheit und Toleranz weiter, der naturrechtlichen Vorgaben folgt. An die Tradition des Naturrechts und der Menschenrechte kann auch heute in der Islamischen Republik Iran angeknüpft werden. Iran besitzt eine [bemerkenswerte politische Struktur, eine Mischung aus Theokratie und Demokratie](#).

[René Roca](#), Jg. 1961, promovierter Historiker und Gymnasiallehrer in Basel; gründete und leitet das Forschungsinstitut direkte Demokratie (www.fidd.ch). Er publiziert regelmäßig zu den Themen direkte Demokratie, Naturrecht und Genossenschaftsprinzip. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Russ. Ministerium: **Gemeinsame Erklärung Russlands, Chinas, der USA und Pakistans zum Friedensprozess in Afghanistan**

Die Sonderbeauftragten Russlands, Chinas und der USA haben am 25.10.2019 in Moskau "Möglichkeiten für die Unterstützung des afghanischen Volkes auf dem Weg zu einem nachhaltigen Frieden besprochen". Dabei wurde die [Entschlossenheit zur Unterstützung des Dialogs als einzige Lösung des Konflikts betont](#). U.a. wurden "alle Afghanen, darunter die Regierung und die Taliban, aufgefordert, zu garantieren, dass afghanisches Territorium von internationalen Terroristen nicht genutzt wird, um andere Länder zu gefährden".

[Inhalt](#) ↑

- Gabriel Galice: **"Die NATO hätte mit dem Sowjetblock aufgelöst werden sollen"**

Die NATO, die zur Bekämpfung des Kommunismus gegründet wurde, hätte zur gleichen Zeit wie die UdSSR verschwinden sollen, sagt Gabriel Galice, Präsident des 'Internationalen Friedensforschungsinstituts' (GIPRI) in Genf. Stattdessen sei die militärische Organisation zum bewaffneten Arm der USA geworden, um im Rahmen der Globalisierung Bevölkerungen und Territorien erobern zu können. [Das ist eine Bedrohung des Friedens](#). Dieser Bedrohung könnten die Europäer nach Galice dadurch etwas entgegensetzen, indem sie sich mit Russland aussöhnen und verständigen.

[Gabriel Galice](#), Jg. 1951, studierte Wirtschaft und Finanzen in Grenoble. Seit 2009 ist er Vize-Präsident des Internationalen Genfer Friedensforschungsinstituts (GIPRI), wo er bereits seit 2002 arbeitet. (Übersetzt mit www.DeepL.com/Translator; Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Raniah Salloum, Christoph Schult: **UNO rügt Antisemitismus-Beschluss des Bundestags**

Wegen eines Beschlusses des Bundestags gegen die umstrittene Bewegung BDS (Boycott, Desinvestitionen und Sanktionen) [haben mehrere UNO-Sonderberichterstatter am 25.10.2019 bei der Bundesregierung interveniert](#). Sie geben ihrer Sorge Ausdruck, dass "der Beschluss einen besorgniserregenden Trend setzt, die Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit unverhältnismäßig einzuschränken". In dem Beschluss vom 17.05.2019 hatten Union, SPD, FDP

und Grüne die Argumentationsmuster und Methoden der BDS-Bewegung als antisemitisch bezeichnet.

Der frühere UN-Sonderberichterstatter John Guggard hat in einem Brief an das Verwaltungsgericht Oldenburg erklärt, dass [der BDS eine Bewegung für die Einhaltung der Menschenrechte sei](#).

Das Selbstverständnis des BDS ist [hier](#) zu finden.

[Raniah Salloum](#), Jg. 1984, hat Politik- und Wirtschaftswissenschaften studiert. Nach der Ausbildung an der Henri-Nannen-Journalistenschule in Hamburg hat sie im Auslandsressort der 'Financial Times Deutschland' über den Arabischen Frühling und über Südamerika berichtet. (Red.)

[Christoph Schult](#), Jg. 1971, Studium der Geschichtswissenschaft und Politologie in Hamburg und London. Ausbildung an der Henri-Nannen-Schule. Seit 2001 beim SPIEGEL, 2005 bis 2010 Korrespondent in Jerusalem. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Shir Hever: **Der Angriff von Halle in Deutschland weist auf Probleme mit dem Begriff "Antisemitismus" hin**

Für Shir Hever weist die Berichterstattung und Debatte über den Angriff von Halle auf [Probleme mit dem Begriff "Antisemitismus" in Deutschland](#) hin. In den letzten Jahren wurde der Begriff, der vom Bund der Antisemiten im 19. Jh. für einen rassistisch motivierten Hass gegen Juden entwickelt wurde, als Kritik und Angriff auf den Staat Israel manifestiert.

Barry Trachtenberg, Professor für Jüdische Geschichte und Mitglied des akademischen Beratungsgremiums von 'Jewish Voice for Peace', formuliert in einem längeren Artikel zur Debatte über die BDS-Bewegung: "Immer häufiger hört man, dass ein 'neuer Antisemitismus', wie er etwa von BDS ausgehe, zu einer Gefahr für Juden zu werden drohe, wie man sie seit dem Zweiten Weltkrieg und dem Holocaust nicht mehr erlebt habe. Studien mehrerer bedeutender jüdischer Organisationen warnen vor Antisemitismus als 'klarer und offensichtlicher Gefahr', und eine Reihe von Kommentatoren warnen, dass ein weiterer 'Krieg gegen die Juden' bevorstehe. Solche Aussagen sind weniger von einer realen Gefahr für die Juden in den USA und in der übrigen Welt motiviert, sondern sie sind [Teil einer beständigen Kampagne](#), Debatten, Gespräche, wissenschaftliche Forschung und politische Aktivitäten zu verhindern, die Israels Umgang mit den Palästinensern kritisieren."

Peter Ullrich zieht in seinem Gutachten zur "Arbeitsdefinition Antisemitismus" der 'International Holocaust Remembrance Alliance' das Resümee: "Die 'Arbeitsdefinition Antisemitismus' bietet ein Einfallstor für die damit mögliche Stigmatisierung und öffentliche Benachteiligung missliebiger Positionen im israelisch-palästinensischen Konflikt. Dies ist angesichts ihres quasi-rechtlichen Status [als Bedrohung der Meinungsfreiheit zu bewerten](#)." Daher könne "die Nutzung der 'Arbeitsdefinition Antisemitismus' nicht empfohlen werden".

[Shir Hever](#), Jg. 1978, Spezialist für Wirtschaftsfragen in Israel und Palästina, untersucht ökonomische Aspekte und Auswirkungen der israelischen Besatzung der palästinensischen Territorien sowie der Kampagnen für 'Boykott, Desinvestment und Sanktionen' (BDS) gegen Israel. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Norbert Häring: **Spahns Digitalgesetz: Mit Vollgas gegen Datenschutz und Bürgerrechte**

Mit seinem Digitale-Versorgungs-Gesetz (DVG) attackiert Bundesgesundheitsminister Jens Spahn massiv den Datenschutz und die Privatsphäre der Bürger. Was Spahn gerade im Galopp und von der Öffentlichkeit nahezu unbemerkt in den Bundestag eingebracht hat, ist ein [Frontalangriff auf bundesdeutsches Grundrecht](#). Dem DVG zufolge sollen Patientendaten – etwa

Diagnosen, Behandlungen, Krankschreibungen, Alter, Geschlecht und Wohnort – von 73 Millionen gesetzlich Versicherten ungefragt, ohne Widerspruchsmöglichkeit und Löschfristen für die Forschung verwendet werden können. Das verstößt auch gegen die Datenschutzgrundverordnung. Die 'Freie Ärzteschaft e.V.' forderte die Bundestagsabgeordneten daher auf, ihrer Verantwortung gerecht zu werden und im Sinne der Bürger dem Gesetz nicht zuzustimmen. Patientendaten bedürften eines besonderen Schutzes.

Diese Bedenken und Forderungen haben die Bundestagsabgeordneten mehrheitlich nicht beeindruckt: Mit den Stimmen von CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen von Bündnis 90 / Die Grünen und Fraktion 'Die Linke' bei Enthaltung der Fraktionen der AfD und der FDP hat der Bundestag den Gesetzentwurf angenommen (siehe [Drucksache 19/124, Seite 15375](#)).

Siehe zu diesem Thema auch den Beitrag "Gesundheitsdaten in Gefahr" in der [Bürgerbrief-Ausgabe vom Oktober 2019](#).

[Norbert Häring](#), Jg. 1963, Volkswirt; seit 1997 Wirtschaftsjournalist (Gründer der 'Financial Times Deutschland'), seit 2002 beim Handelsblatt. Häring betreibt eine eigene Homepage. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

• Gelbwesten ein Jahr nach ihrer Gründung

Am 17.11.2019 ist der erste Jahrestag der Gelbwesten-Bewegung. Trotz aller Unkenrufe und Polizeigewalt ist die Bewegung noch da und entwickelt sich weiter. Das Entscheidende dabei ist, dass Menschen, die bereits mit der Politik abgeschlossen hatten, sich nun direktdemokratisch engagieren. Die Bewegung sprengt die Vereinzelung auf, indem sie die Probleme verschiedener Schichten bündelt, sich mit anderen Bewegungen solidarisiert.

[Zu der nächsten Versammlung der Versammlungen in Montpellier](#) werden 700 Delegierte der örtlichen Gelbwesten erwartet. Für dieses vierte Treffen sind Arbeitsthemen vorgesehen, die sich vor allem mit den weiterhin zu behandelnden Themen, der zukünftigen Struktur, der Zusammenarbeit mit anderen Organisatoren, dem Umgang mit Repressionen und mit Gegnern sowie den anstehenden Gemeindewahlen beschäftigen.

Der Pariser Vorsitzende der Gewerkschaft CGT, Benoit Martin, gibt einen [Überblick über Ursachen und Anlass des Aufstands](#). Indem er z.B. auf die ungerechte Steuerpolitik eingeht, stellt er Gemeinsamkeiten zwischen den Forderungen der Gelbwesten und der Gewerkschaften fest und bedauert, dass es bisher nicht zu einem Zusammenschluss gekommen ist. Auch wenn die Demonstrationen zahlenmäßig nachgelassen haben, so sind die Ursachen für die Bewegung keineswegs beseitigt. Die Spar- und Reformpolitik Brüssels wird vom französischen Präsidenten weitergeführt. Die Vorschläge und Forderungen der Gelbwesten, die Möglichkeiten des Zusammenschlusses auf assoziativer oder genossenschaftlicher Ebene, Verfassungsreform in Richtung mehr direkter Demokratie – vieles wird von den Gelbwesten diskutiert und gefordert. Die Bewegung geht weiter.

[Inhalt](#) ↑

• Jochen Krautz, Matthias Burchard (Hrsg.): Time for Change – Band 2

Am 04.05.2019 fand an der Universität Wuppertal die zweite Veranstaltung "Time for Change" zum Thema "Schule zwischen Überlastung und Anpassungsdruck" statt. Dazu liegt jetzt der [Tagungsband mit den Beiträgen der Referenten](#) vor.

Lehrerpersonen klagen verstärkt über Dauerüberlastung durch Zeitdruck, ausufernde unterrichtsferne Bürokratie, Dokumentationspflichten, Koordinierungsaufgaben und Außendarstellungsrituale. Daneben wachsen die realen pädagogischen Herausforderungen. Unterricht und Erziehung geraten dabei immer mehr an den Rand der täglichen Arbeit. Man wähnt sich im Hamsterrad: Es herrscht rasender Stillstand. In dieser Not seufzen Viele: "It's time for change!"

These dieses Bandes ist, dass die Überlastungsphänomene zu guten Teilen inszeniert sind, gerade um die Bereitschaft zu wecken, den Prozessen des "Change-Managements" zu folgen. Diese Programme "untergraben die pädagogische Freiheit und zeigen totalitäre Tendenzen, weil sie von außen gesetzte Konzepte in manipulativen Prozessen durchsetzen".

Der Band beleuchtet in Vertiefung seines ersten Teils, wie die Steuerung von Schule durch Change-Management und Schulentwicklung mit den konkreten Belastungserfahrungen des Schulalltags zusammenhängt, denn die Beiträge verknüpfen wissenschaftliche Analysen mit kritischen Einblicken in die Praxis.

[Jochen Krautz](#), Jg. 1966, studierte Kunst, Latein und Erziehungswissenschaften, promovierte in Kunstpädagogik; von 2008 bis 2013 Professor für Kunstpädagogik und Kunstdidaktik an der Alanus-Hochschule in Alfter, seit 2013 Professor für Kunstpädagogik an der Bergischen Universität Wuppertal; seit 2010 Beiratsmitglied in der 'Gesellschaft für Bildung und Wissen'. (Red.)

[Matthias Burchardt](#) Akademischer Rat am Institut für Bildungsphilosophie an der Universität zu Köln und stellvertretender Geschäftsführer der 'Gesellschaft für Bildung und Wissen e.V.'; entschiedener Kritiker der Bildungsreformen im Namen von PISA und Bologna. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Ernst Pauli: **Hintergründe zum Problem der globalen Erwärmung**

Ernst Pauli hat es abgelehnt, dass in der Klimafrage die junge Generation gegen die ältere Generation aufgehetzt wird, wie das derzeit mit 'Fridays for Future' geschieht, sondern [versucht sich mit der Frage wissenschaftlich auseinanderzusetzen](#). In seiner vertieften Auseinandersetzung mit der Bedeutung des CO₂ für unseren Planeten stellte er fest, dass die überwiegende Mehrheit der mit dieser Frage befassten Forscher zum Schluss kommt, dass es eine Erwärmung auf Grund von steigenden CO₂-Konzentrationen in der Atmosphäre gibt. Es sei der Mensch, der in den letzten 150 Jahren die in mehr als 100 Millionen Jahren entstandenen fossilen Energieträger Kohle, Öl und Gas mit steigender Geschwindigkeit verbrennt und damit massiv CO₂ freisetzt. Man erwarte, dass eine Reduktion der heutigen hohen CO₂-Konzentration in der Atmosphäre durch natürliche Prozesse auf die vorindustriellen Werte etwa 1'000 Jahre brauchen wird, da die Prozesse, die zu einer Reduktion der CO₂-Konzentration führen, sehr langsam ablaufen. Da das CO₂ von der Sonne kommende kurzwellige Strahlung durchlasse, aber von der Erde abgestrahlte lange Wellenlängen absorbiere, erwärme sich die Atmosphäre. Pauli weist auch auf die Forschungsergebnisse hin, die zeigen, dass das Ansteigen und Absinken der Erdtemperatur und des CO₂-Gehalts während der letzten 800'000 Jahre parallel erfolgte.

Ernst Pauli, promovierter Ingenieur, äußerte sich zum [VW-Diesel-Skandal](#) vor dem Hintergrund, dass er 20 Jahre Berufserfahrung im Gebiet der Emissionen von Kraftfahrzeugen hat. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Christian Fischer: **Klimawandel – nicht diese Panik**

Christian Fischer geht zunächst davon aus, dass CO₂ neben anderen Gasen zur Erwärmung der Erdoberfläche beiträgt, kritisiert dann aber die derzeitige politische Panikmache mit Hinweisen auf ernst zu nehmende Forschungsergebnisse. Er [verweist auch auf offene Fragen in Sachen Klimawandel](#). Alle Erkenntnisse, die wir über die Vergangenheit haben, haben nicht den Genauigkeitsgrad von heutigen Messergebnissen, sodass Aussagen wie "...noch nie so wie heute" grundsätzlich kritisch zu sehen sind. Trotzdem ist klar: Temperaturanstieg und CO₂-Anstieg sind keineswegs immer so linear parallel verlaufen wie behauptet; es gibt sogar klare Hinweise, dass Temperaturanstiege in der Vergangenheit den CO₂-Anstiegen vorausgingen, nicht ihnen folgten. Ferner gibt es sehr deutliche Einwirkungen von "regelmäßigen Unregelmäßigkeiten" des Erdumlaufs um die Sonne auf die Wärme- und Kälteperioden der Erde und auf im Zusammenwirken noch nicht gut verstandene andere Einflüsse (Speicherfähigkeit der Meere, Wolkenbildung etc.).

Die derzeitige politische Kampagne behauptet dagegen ein Klimagleichgewicht seit Millionen Jahren, welches nun vom Menschen massiv gestört werde. Mit dieser öffentlich verbreiteten Dummheit werden propagandistische Kampagnen befeuert und es zeigt sich darin eine grundfalsche Weltsicht. Tatsächlich spricht zwar nichts dagegen, CO2 einzusparen, aber es spricht viel dagegen, dies in Panikstimmung und somit kopflos zu tun und "nebenbei" damit zugleich die Auflösung nationaler Souveränitäten zu befeuern. Vieles an den globalen Klimawechseln wartet noch auf wissenschaftliche Erforschung und ist sicher nicht so maßgeblich auf anthropogenes CO2 zurückzuführen.

Christian Fischer, Jg. 1951, promovierter Ingenieur, zahlreiche Fachpublikationen in Bauphysik; politisch und journalistisch tätig mit Publikationen in den Zeitschriften 'Zeit-Fragen', 'Zeitgeist.online'; Redaktionsmitglied beim 'Bürgerbrief für Frieden und Demokratie'. (Red.)

[Inhalt ↑](#)

• Anna Schneider: **Klimaaktivistinnen gegen den Kapitalismus und Marktwirtschaft**

Carola Rackete und Luisa Neubauer sind die bekanntesten Köpfe der deutschen Klimaschutzbewegung. Beide haben kürzlich Bücher zum Thema vorgelegt. [Wie radikal diese Autorinnen sind, dürfte den wenigsten bewusst sein.](#)

Die 23-jährige Neubauer fordert unter anderem, dass die größten CO2-Emittenten vom Netz genommen und von den Straßen und aus der Luft verbannt werden müssten. Dafür sind staatliche Regulierungen und Verbote erforderlich.

Rackete geht noch weiter: Nicht nur neue Verbote soll es geben, auch neue Strafen. Sie spricht sich dafür aus, den "Ökozid" – also die Naturzerstörung durch wirtschaftliche Faktoren – als Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu definieren und damit strafrechtlich verfolgen zu können. Sie schlägt nicht nur Höchst- und Mindestlöhne vor, sondern auch höhere Steuern für "die Reichen", ein Verbot von Werbung und ganz generell: eine Ökonomie des "Postwachstums". Die Parlamente in ihrer jetzigen Form stuft Rackete als untauglich ein. Sie plädiert für die Etablierung des Losverfahrens für Mandatsträger. Damit stellt sie die repräsentative Demokratie infrage.

Gemeinsam ist den Autorinnen beider Bücher, dass sie den Wohlstand, in dem sie aufgewachsen sind, auf eine sehr grundsätzliche Weise verachten.

Neubauer tritt seit einiger Zeit überall als ständige Begleiterin von Greta Thunberg auf. Rackete ist als Kapitänin im Mittelmeer bekannt geworden, als sie widerrechtlich und provokativ Flüchtlinge nach Italien schleppte. (Red.)

[Inhalt ↑](#)

• Whitney Webb: **Führungsmacht bei Umweltverschmutzung**

Das [US-Verteidigungsministerium produziert mehr Sondermüll als die fünf größten US-amerikanischen Chemieunternehmen zusammen](#) und hat sein toxisches Erbe in Form von abgereichertem Uran, Öl, Kerosin, Pestiziden und Entlaubungsmitteln wie Agent Orange und Blei auf der ganzen Welt hinterlassen. US-Militärstützpunkte sowohl im In- als auch im Ausland gehören durchgängig zu den schadstoffbelastetsten Orten der Welt, weil Perchlorate und andere Bestandteile von Kerosin und Raketentreibstoffen Trinkwasserquellen, Bewässerungssysteme und den Boden verseuchen. Und das US-Militär sieht keinen Grund sein Verhalten zu ändern.

Für viele gravierende Umweltprobleme gibt es bereits Lösungen, aber der politische Wille zu ihrer Umsetzung fehlt. Und die Bevölkerung – wie hypnotisiert durch eine einseitige Klimadebatte – kämpft nicht für diese Lösungen. Nach Beate Wiemer braucht Umweltschutz engagierte Menschen, die sich regional vernetzen und konkret handeln. Eine Klimadebatte, die Themen wie Staudammbauten, ruinierte Böden oder den geplanten Verschleiß von Konsumgütern ausklammert, folgt nur einem blinden Alarmismus. Dieser dient im schlimmsten Fall dazu, den kapitalistischen Moloch durch pseudoökologische Investitionen, überzogene Honorare für Beraterfirmen und vermeintlich "grüne" Finanzprodukte noch weiter zu bedienen. [Der Alarmismus](#)

[macht sich zum Erfüllungsgehilfen einer zentralistischen Staatsgewalt](#), die das Thema Klimaschutz als Alibi benutzt, um die Steuerzahler noch mehr auszuplündern.

[Whitney Webb](#) in Chile lebende Journalistin, schreibt unter anderem für 'MintPress News', 'Global Research', EcoWatch, das 'Ron Paul Institute' und '21st Century Wire'. 2019 wurde ihr der Serena-Shim-Preis für kompromisslose Integrität im Journalismus verliehen. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Norbert Häring: **Widerstand gegen den Ausverkauf der UN an die Konzerne**

Im Juni 2019 haben die UN mit dem Weltwirtschaftsforum ein Abkommen zur Vertiefung der Zusammenarbeit geschlossen. Nun haben sich über 200 internationale Initiativen, Organisationen und Gruppen zusammengetan, um mit einem [offenen Brief an UN-Generalsekretär Guterres gegen die Unterordnung der UN-Arbeit unter die Interessen der Konzerne](#) zu protestieren. Durch dieses Abkommen, das der UN-Charta diametral widerspreche, würden die UN delegitimiert. Zu den Unterzeichnern gehören internationale Organisationen wie 'Action Aid Global und Friends of the Earth', sowie nationale, etwa 'Attac France' oder die ugandische 'Initiative für soziale und wirtschaftliche Rechte' (ISER).

Das [Weltwirtschaftsforum](#) ist ein Lobby-Club der tausend größten multinationalen Konzerne, die sich "DIE internationale Organisation für öffentlich-private Kooperation" nennt. Die Richtung geben die hundert größten und einflussreichsten vor, die auch das meiste Geld beisteuern.

[Norbert Häring](#), Jg. 1963, Volkswirt; seit 1997 Wirtschaftsjournalist (Gründer der 'Financial Times Deutschland'), seit 2002 beim Handelsblatt. Häring betreibt eine eigene Homepage. (Red.)

[Inhalt](#) ↑